

BSW Kommunal-Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2025 in NRW für eine Politik der Vernunft und Gerechtigkeit im Kreis Ennepe-Ruhr (Stand: 30.08.2025)

Die Menschen in NRW stecken zunehmend in Schwierigkeiten und die Bundesregierung steckt Hunderte Milliarden in Waffen und Kriege. Wir sagen: Schluss mit diesem Irrsinn! Das Geld wird dort gebraucht, wo die Menschen leben: in unseren Städten, Dörfern, Familien.

Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) steht für soziale Gerechtigkeit, Frieden, Freiheit und wirtschaftliche Vernunft.

Wer bei der Kommunalwahl das BSW wählt, setzt damit auch ein klares Zeichen gegen eine Politik, die die Städte und Gemeinden finanziell ausbluten lässt und zunehmend handlungsunfähig macht. Das BSW will starke Kommunen mit soliden Finanzen: damit das Leben vor Ort wieder funktioniert. Wir wollen eine Politik, die die Interessen aller kreisangehörigen Kommunen berücksichtigt, einen fairen Ausgleich schafft und die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellt – unabhängig davon, ob sie in der Stadt oder auf dem Land leben. Wir treten ein für eine starke Gemeinschaft im Kreis, für gut funktionierende öffentliche Dienstleistungen und eine nachhaltige Entwicklung unserer Region.

Dieses Programm bildet die Grundlage für unsere politische Arbeit im Kreistag des Ennepe-Ruhr-Kreises. Es benennt die zentralen Handlungsfelder aus Kreissicht und unsere Lösungsansätze. Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger ein, dieses Programm mit uns zu diskutieren, zu erweitern und gemeinsam eine gute Zukunft für unseren gesamten Kreis zu gestalten.

1. Schutz ist kein Privileg- jeder hat das Recht auf ein gewaltfreies Leben – Gewalt ist längst kein Randthema mehr

Die gesellschaftliche Hemmschwelle zur Ausübung von körperlicher Gewalt sinkt, Körperverletzungen im öffentlichen Raum nehmen zu, Bedrohungen im täglichen Leben häufen sich und auch durch Behörden erleben Menschen Gewalt in Form von Machtmissbrauch. Übergriffe finden besonders häufig auf der Straße statt und zusätzlich sind Frauen und Kinder überdurchschnittlich Opfer von häuslicher und sexualisierter Gewalt. Im Ennepe-Ruhr-Kreis zeigt sich das besonders drastisch: Die polizeilich registrierten Fälle häuslicher Gewalt sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen, Frauenhäuser arbeiten dauerhaft über der Belastungsgrenze und viele Betroffene finden keinen sicheren Rückzugsort. Das dürfen wir nicht länger hinnehmen. Schutzwohnungen und Frauenhäuser müssen dauerhaft finanziert werden, damit keine Frau mit Kind abgewiesen wird. Beratungsangebote müssen anonym, kostenlos und in allen Städten des Kreises erreichbar sein. Täterarbeit gehört verpflichtend in die Prävention, damit Gewaltkreisläufe durchbrochen werden. Gleichzeitig braucht es Aufklärung in Schulen, Vereinen und Verwaltungen, damit Gewalt nicht verschwiegen, sondern klar benannt wird. Und weil Sicherheit auch den Heimweg betrifft, wollen wir ein Nacht-ÖPNV- und Taximodell ab 22 Uhr als Pilotprojekt – damit Frauen und Mädchen im Kreis nicht länger zwischen Angst und Isolation wählen müssen. Wer sich Nachts nicht sicher fühlt, ist in seiner Freiheit eingeschränkt.

2. Armut bekämpfen – mit Würde, Klarheit und echten Chancen – Armut ist keine individuelle Schwäche, sondern Ausdruck vieler schlecht laufender Prozesse.

Im Ennepe-Ruhr-Kreis sind über 16 % der jungen Menschen auf Bürgergeld angewiesen, Frauen und Alleinerziehende sind überproportional betroffen, und die Altersarmut steigt. Die Tafel kämpft jedes Jahr in vielen Städten des Kreises um ihre Existenz und ist ein Beweis dafür, wie soziale Infrastruktur vernachlässigt wird – statt zu fördern. Sozialleistungsanträge bleiben monatelang liegen und können aufgrund von Personalmangel und hohem Aufkommen kaum bearbeitet werden. Betroffene bangen um ihre Existenzen.

Wir fordern eine kreisweite kostenfreie Elterngeld-, Wohngeld- und Sozialberatung – unbürokratisch und aufsuchend, auch für Alleinerziehende und Rentner. Jeder sollte wissen, wo er Hilfe bekommen kann. Die Stärkung der Tafel, Sozialkaufhäuser und Nachbarschaftshilfen ist zwingend erforderlich. Dies sind Orte der konkreten Hilfe und sozialen Teilhabe und brauchen eine verlässliche Finanzierung. Junge Menschen benötigen mehr Perspektiven und mehr Chancen, sich auf dem Arbeitsmarkt umzusehen. Wir fordern regelmäßige, moderne und vielfältige Berufsmessen mit Unternehmen des Kreises, so wie ein stabiler ÖPNV um Hürden zu nehmen, zur Ausbildungsstelle zu kommen.

3. Bildung ist kein Luxus – sie ist ein Recht – Chancen dürfen nicht vom Wohnort, vom Geldbeutel oder vom Elternhaus abhängen.

Im Ennepe-Ruhr-Kreis bröckeln Schulen, Kitas und Kollegs. Während Kinder aus wohlhabenden Familien Nachhilfe, Betreuung und Mobilität selbstverständlich nutzen, bleiben andere an maroden Gebäuden, fehlenden Ausbildungsplätzen und langen Wegen hängen. Berufskollegs sind zu wenige, Handwerksausbildungen werden ausgedünnt, Kita Gebühren sind zu hoch – Chancen sind ungleich verteilt.

Das ist kein Schicksal, das ist die Politik der letzten Jahre. Und deswegen sagen wir: Schluss mit der Flickschusterei – der Kreis muss investieren, nicht nur verwalten. Wir fordern sanierte Schulen, starke Kollegs und echte Chancen für alle Kinder: Kita Gebühren gehören längst abgeschafft, weil frühkindliche Bildung die Grundlage für Chancengleichheit ist. Wir fordern eine gezielte Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher – durch Schulsozialarbeit, Lernförderung und Elternarbeit in allen Schulen. Mehr Zuschüsse für die Ausstattung der Lehrer und Betreuer, Renovierung und Sanierung von Schulen, Berufskollegs und Kitas – denn Bildung braucht Räume, die nicht marode sind. Die Lernfelder an den Berufskollegs und wohnortnahe Bildungsangebote müssen ausgebaut werden – besonders für Handwerk, IT, Pflege und soziale Berufe. Bildung ist die Voraussetzung für Teilhabe und Selbstbestimmung. Wer sie vernachlässigt, zementiert soziale Ungleichheit.

4. Ohne Frieden ist alles nichts!

Für uns hat das Zitat von Willy Brandt bis heute uneingeschränkte Gültigkeit. Für den heutigen SPD-Verteidigungsminister Boris Pistorius gilt hingegen: „Mit Bildung und Sozialleistungen lässt sich dieses Land nicht verteidigen.“ (ZEIT Online, 21.05.2025)

Das BSW ist die einzige Partei in Deutschland, die konsequent gegen eine selbstmörderische Aufrüstungsspirale und gegen den Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung Kriegsproduktion und Kriegsertüchtigung eintritt! Wir haben im Bundestag gegen die Kriegskredite protestiert und im Bundesrat einsam dagegen gestimmt.

Im Rahmen des „Operationsplan Deutschland“ soll die zivil-militärische Zusammenarbeit massiv ausgebaut werden. Das betrifft gerade auch die Kommunen. Deshalb fordert auch der BSW Kreisverband Ennepe-Ruhr: Schluss mit der pausenlosen und allgegenwärtigen Aufrüstungs- und Kriegsrhetorik! Wir brauchen keine Bunker und panzertauglichen Brücken, sondern lebenswerte Städte! Wir wollen ein Landkreis sein, der für den Frieden eintritt: der Landrat und sämtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister müssen Mitglied bei „Majors for peace“ (frei: Politiker für den Frieden) werden!

Unser Kreisverband unterstützt die Deutsche Friedensgesellschaft / Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) und andere Friedensinitiativen. Wir lehnen eine Wiedereinführung der Pflicht zum Dienst an der Waffe ab, ermutigen und geben Menschen Hilfestellung zur Kriegsdienstverweigerung.

Der Kreis soll friedensfördernde Initiativen im Kreisgebiet unterstützen. Er kann regionale Partnerschaften mit Kreisen oder Regionen in ehemaligen Konfliktgebieten prüfen oder kommunale Partnerschaften unterstützen, um den Austausch zu fördern und beim zivilen Wiederaufbau zu helfen. Kommunale Partnerschaften sind Grundlage von Weltoffenheit und Völkerfreundschaften. Darum sind sie insbesondere in Zeiten der Spannungen zu pflegen.

Wir setzen uns dafür ein, dass der Kreis keine freiwilligen Beiträge zur Militarisierung leistet. Kreisressourcen, insbesondere im Katastrophenschutz, sollen primär zivilen Zwecken dienen. Wir lehnen Werbung der Bundeswehr auf kreiseigenen Liegenschaften oder in kreisverantworteten Medien (z.B. ÖPNV) ab und prüfen rechtliche Möglichkeiten zur Einschränkung (z.B. durch Positivlisten für Werbung). Wir wollen ausschließlich zivile Arbeitgeber an unseren Schulen oder auf der Berufsbildungsmesse „Zukunft EN“. Wir müssen verhindern, dass aufgrund der Unfähigkeit der etablierten Parteien, Konflikte mit nicht-militärischen Mitteln zu lösen, jetzt sogar schon unsere Kinder auf eine Zukunft in Unfrieden vorbereitet werden! Das Lernziel muss lauten: Dialogfähigkeit und Konfliktvermeidung statt permanenter Kriegsbereitschaft!

5. Lobbyismus regulieren!

Statt in gute und soziale öffentliche Dienste zu investieren, haben die etablierten Parteien die Wünsche einflussreicher Lobbys bedient und dadurch die öffentlichen Kassen geleert. Im Kreistag des Ennepe-Ruhr-Kreises gibt es kein wirkungsvolles Instrument, um effektiv gegen derartige Seilschaften und undurchsichtige Geschäfte vorzugehen.

Wir fordern den transparenten Kreistag: es müssen dringend ein Lobbyregister und eine zentrale Verbändeliste eingeführt werden! Wir werden sehr genau hinschauen und darauf drängen, dass öffentliche Aufträge nach Kosteneffizienz und Eignung, nicht nach Spendenhöhe und Kumpanei vergeben werden!

6. Freie Fahrt mit Bus und Bahn!

Perspektivisch fordern wir eine einzige Nahverkehrsgesellschaft für das ganze Ruhrgebiet anstelle des kleinstädtischen Flickenteppichs, den wir aktuell zum Leidwesen der Bürgerinnen und Bürger haben.

Bis es so weit ist, haben wir im Ennepe-Ruhr-Kreis durch die katastrophale Sparpolitik der aktuellen und der vorherigen Regierungen mit Zugausfällen, überfüllten Bussen, zusammengestrichenen Haltestellen und einer maroden Infrastruktur genug zu korrigieren. Vor allem in den ländlichen Gebieten des Kreises ist der Nahverkehr ein Desaster, wird Mobilität zur Herausforderung!

Wir als BSW fordern deutlich höhere Investitionen in moderne, barrierefreie und zuverlässige Verkehrsmittel, die vor allem bezahlbar sein müssen. Zur Barrierefreiheit gehört auch die freie Sicht aus den Fahrzeugen - mit Werbefolien zugeklebte Fensterscheiben sind ein Gesundheits- und Sicherheitsrisiko und gehören abgeschafft, zumal die dadurch generierten Einnahmen „einen vernachlässigbaren Beitrag zur Kostendeckung“ darstellen (Pressemitteilung PRO BAHN, Stuttgart, 31.01.2022). Flexible Bedienformen wie Bürgerbusse oder Transportdienste auf Bestellung („On Demand“) sollen dort gefördert werden, wo Linienbusse nicht wirtschaftlich sind.

Schlusswort: Gemeinsam für den EN-Kreis

Das Bündnis Sahra Wagenknecht steht für eine Politik der Vernunft und Gerechtigkeit, die die gesamte Region im Blick hat. Wir wollen einen Kreis, der seine Aufgaben effizient erfüllt, seine Kommunen unterstützt und für alle Bürgerinnen und Bürger ein attraktiver Ort zum Leben, Arbeiten und Wohlfühlen ist. Wir setzen uns ein für starke öffentliche Dienstleistungen, nachhaltige Entwicklung und sozialen Zusammenhalt in Stadt und Land.

Wir setzen auf Vernunft statt Ideologie, auf Gerechtigkeit statt Klientelpolitik und auf Dialog statt Spaltung. Dieses Programm ist unser Angebot für eine bessere Politik im Kreistag Ennepe-Ruhr. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten!

enkreis.bsw-vg.nrw